

Umsatzsteuer-News

Aktuelles rund um das Umsatzsteuerrecht

Ausgabe 04, April 2020

Inhalt

Vom Europäischen Gerichtshof	2
Vorlage des Bundesfinanzhofs zur umsatzsteuerlichen Organschaft	
Der Bundesfinanzhof (BFH) hat dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Anzahl von Fragen vorgelegt, die das deutsche Verständnis von Mehrwertsteuergruppen (umsatzsteuerliche Organschaften) revolutionieren könnten. Hinzu kommt eine weitere, thematisch ähnliche Vorlage des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg	2
Aus der Rechtsprechung	3
Rabatte im Punktesystem	
Erneut hat der Bundesfinanzhof (BFH) über die umsatzsteuerliche Behandlung eines Kundenbindungssystems entschieden – nachdem er sich im vergangenen Jahr mit verfallenen Punkten befasste, entschied er diesmal über eingelöste Punkte.	3
Aus der Finanzverwaltung	4
Umsatzsteuerliche Behandlung von Miet- und Leasingverträgen	
Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in der Rechtssache „Mercedes-Benz Financial Services“ umgesetzt und das Umsatzsteuerrecht auch in dieser Frage vom Ertragsteuerrecht gelöst. Damit ist die Entwicklung aber wohl noch nicht am Ende.	4
Steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus	
Das vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) geschnürte steuerliche Maßnahmenpaket wurde inzwischen von den Landesfinanzverwaltungen umgesetzt. Nun hat das BMF detailliertere Angaben zu den in seinem Schreiben gewährten Steuererleichterungen gemacht.	5
Umsatzsteuerliche Behandlung der BahnCard 25/50	
Presseberichten zufolge sollte auch die Ausgabe der BahnCard 25 und BahnCard 50 als Beförderung von Personen im Schienenbahnverkehr mit dem ermäßigten Steuersatz besteuert werden. Die bislang soweit ersichtlich einzige veröffentlichte Bestätigung von offizieller Seite stammt aus Sachsen.	6
Service	8
Ihre Ansprechpartner	8
Bestellung und Abbestellung	8

Vom Europäischen Gerichtshof

Vorlage des Bundesfinanzhofs zur umsatzsteuerlichen Organschaft

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Anzahl von Fragen vorgelegt, die das deutsche Verständnis von Mehrwertsteuergruppen (umsatzsteuerliche Organschaften) revolutionieren könnten. Hinzu kommt eine weitere, thematisch ähnliche Vorlage des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg.

Fundstellen

BFH XI R 16/18, Beschluss vom 11. Dezember 2019 (Az. am EuGH C-141/20); EuGH C-108/14 und C-109/14 „Larentia + Minerva und Marenave“, Urteil vom 16. Juli 2015; Folgeentscheidungen des BFH V R 25/13 vom 2. Dezember 2015 und XI R 38/12 vom 19. Januar 2016; Vorlage des FG Berlin-Brandenburg am EuGH (Az. C-868/19) mit Vorlagebeschluss 5 K 5044/19 vom 21. November 2019 (unter dem Link „Langtext“)

Die Klägerin ist eine GmbH, deren Anteile mehrheitlich der A (einer Körperschaft des öffentlichen Rechts) und zu einem kleineren Teil dem C (einem eingetragenen Verein) gehören. Die Geschäftsführung aller dieser drei Entitäten war personenidentisch. Nach dem Gesellschaftsvertrag der Klägerin verfügten sowohl A als auch C über sieben Stimmen in der Gesellschafterversammlung, wobei die von beiden entsandten – je Gesellschaft bis zu sieben – Vertreter grundsätzlich nicht an Vorgaben der sie entsendenden Vereinigung gebunden waren, sondern nach eigenem pflichtgemäßen Ermessen entschieden.

Das Finanzamt war der Auffassung, dass es an einer finanziellen Eingliederung der Klägerin in das Unternehmen der A mangle. Das erstinstanzliche Finanzgericht war der gegenteiligen Auffassung: Nach dem EuGH-Urteil „Larentia + Minerva und Marenave“ sei ein Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen dem Organträger und der Organgesellschaft keine notwendige Voraussetzung für die Bildung einer Mehrwertsteuergruppe im Sinne der Mehrwertsteuer-Richtlinie (MwStSystRL).

Gegenwärtig sieht das deutsche Umsatzsteuerrecht vor, dass Organgesellschaften nach drei Merkmalen (finanziell, wirtschaftlich, organisatorisch) in das Unternehmen eines Organträgers eingegliedert sind, der den Organgesellschaften im Sinne eines Über- und Unterordnungsverhältnisses vorsteht.

Der BFH hat dem EuGH vier Fragen vorgelegt. Die erste Frage zielt darauf ab, ob der deutsche Ansatz, den Organträger als Steuerschuldner zu behandeln, korrekt ist – oder ob die Organschaft in ihrer Gesamtheit als Steuerpflichtiger zu behandeln sei. Sollte Letzteres der Fall sein, fragt der BFH danach, ob eine direkte Berufung auf die Richtlinie möglich sei (was der EuGH in „Larentia + Minerva und Marenave“ weitgehend abgelehnt hatte). Das Erfordernis einer finanziellen Eingliederung nach derzeitigem Recht könnte unter dem Aspekt der Verhinderung von Missbrauch oder zur Vermeidung von Steuerhinterziehung als zulässige Maßnahme anzusehen sein; der BFH fragt in diesem Zusammenhang, ob hierbei ein strenger oder ein großzügiger Maßstab anzulegen sei. Damit zielt er auf Klärung ab, ob ein Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen Organträger und Organgesellschaft mit einer solchen Begründung zulässig sein könnte, was nach seiner Auffassung jedoch einen großzügigen Auslegungsmaßstab voraussetzt. Zuletzt fragt der BFH, ob die bisherige deutsche Auffassung von den Voraussetzungen der Organschaft dadurch gerechtfertigt sein könnte, dass die Organgesellschaften (mangels „eigenem Willen“) als nichtselbstständig angesehen werden könnten. Mit einem Urteil ist wohl nicht vor dem Jahr 2021 zu rechnen.

Hinweis

Das Finanzgericht Berlin-Brandenburg hat bereits im letzten Jahr ein Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH gerichtet, in dem es Fragen zur finanziellen Eingliederung einer Personengesellschaft vorlegt. Der Fünfte Senat des BFH hatte in einer Folgeentscheidung zum Urteil „Larentia + Minerva und Marenave“ in dieser Hinsicht entschieden, dass nur in das Unternehmen des Organträgers finanziell eingegliederte Personen Gesellschafter sein dürften – der Elfte Senat dagegen hatte die Frage faktisch offengelassen. Außerdem möchte das Finanzgericht durch das Vorabentscheidungsersuchen herausfinden, ob die Absicht zur Vorbeugung von Steuerhinterziehungen als Rechtfertigung für dieses Erfordernis nicht schon bei Einführung der Organschaftsregeln bestanden haben muss.

Aus der Rechtsprechung

Rabatte im Punktesystem

Erneut hat der Bundesfinanzhof (BFH) über die umsatzsteuerliche Behandlung eines Kundenbindungssystems entschieden – nachdem er sich im vergangenen Jahr mit verfallenen Punkten befasste, entschied er diesmal über eingelöste Punkte.

Fundstellen

BFH V R 42/17, Urteil vom 16. Januar 2020; V R 64/17, Urteil vom 26. Juni 2019

Die Klägerin war über ihre Tochtergesellschaften im Einzelhandel tätig, wo sie Umsätze zum Regelsteuersatz und ermäßigten Steuersatz erbrachte. Sie war auf Großhandelsebene Vertragspartner (Partnerunternehmen) der A-Card GmbH. Die A-Card war ein Bonus- und Rabattsystem. Kunden, die Inhaber einer A-Card waren, konnten bei ihren Einkäufen bei den Tochtergesellschaften Punkte sammeln. In der Regel wurde den Kunden bei Vorlage der Karte für je zwei Euro Umsatz des Bruttobetrags jeweils ein Punkt gutgeschrieben, der einen Cent wert war. Unter anderem konnten die Kunden damit in den Märkten der Klägerin oder anderer Partnerunternehmen einkaufen (Instore Redemption). Die A-Card GmbH rechnete gegenüber der Klägerin den Wert der Punkte monatlich ab (Punkteclearing). Dabei ergab sich die Zahlungsverpflichtung der Klägerin im jeweiligen Abrechnungszeitraum aus dem Wert der ausgegebenen Punkte minus dem Wert der bei der Klägerin eingelösten Punkte. Andere Leistungen der A-Card GmbH, zum Beispiel das Ausstellen der Karten, wurden separat abgerechnet. Die Klägerin erklärte die an die Kunden beim Einkauf ausgegebenen Punkte (und somit den beim Punkteclearing für diese Punkte ermittelten Betrag) als Entgeltminderung, die sie auf Basis der durchschnittlichen Umsatzverhältnisse in der jeweiligen Filiale den beiden Steuersätzen zuordnete. Eine Unterscheidung, ob die Punkte später im Zuge einer Instore Redemption oder anderweitig eingelöst wurden, erfolgte nicht. Das Finanzamt erkannte die Entgeltminderung nicht an.

Der BFH war zwar der Auffassung, dass eine Entgeltminderung vorlag – aber (im Streitfall) erst bei einer Instore Redemption für den hierbei bewirkten Umsatz, nicht für den zuerst bewirkten Umsatz bei Ausgabe der Punkte oder aus Anlass des Punkteclearings. Beim ersten Umsatz, der Anlass zur Gutschrift der Punkte beim Kunden gab, habe die Klägerin das vollständige Entgelt vom Kunden erhalten. Erst beim Umsatz, bei dem die Kunden von ihrem Rabattanspruch Gebrauch machten, mindere sich die Bemessungsgrundlage, weil die Leistung des Unternehmers nur mit der Bemessungsgrundlage besteuert wird, die sich aufgrund der von ihm wirklich vereinnahmten Gegenleistung ergibt. Die Buchung der Punkte auf der A-Card sei nicht als Rückzahlung des Kaufpreises, sondern als Dokumentierung des Rückzahlungsanspruchs anzusehen.

Was das Punkteclearing anging, führte der BFH weiter aus, dass zwar der Wert des Rückvergütungsanspruchs bei der Klägerin im Zeitpunkt des Punkteclearings abgefließen sei. Doch Entgelt und damit Bemessungsgrundlage seien gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 UStG (in der im Streitjahr geltenden Fassung) alles, was der Leistungsempfänger aufwendet, um die Leistung zu erhalten, abzüglich der Umsatzsteuer. Damit habe sich die Bemessungsgrundlage schon begrifflich erst in dem Zeitpunkt ändern können, in dem sich der Aufwand des Leistungsempfängers (Kunde) ändert. Das sei aber nicht schon in dem Zeitpunkt der Fall, in dem der Kunde weiter nichts als die Möglichkeit erhält, bei der Klägerin oder einem Partnerunternehmen einen Rückgewähranspruch zu realisieren. Denn zu diesem Zeitpunkt habe der Kunde für den ersten Umsatz nach wie vor den ungeschmälernten Kaufpreis entrichtet. Dasselbe gelte für den Entgeltbegriff nach Artikel 73 der Richtlinie, der in seiner Formulierung auf den leistenden Unternehmer, nicht den Leistungsempfänger abstellt.

Hinweis

Dieses Urteil schließt sich an ein im Vorjahr veröffentlichtes anderes Urteil des BFH (Az. V R 64/17) zu Kundenbindungsprogrammen an, das zu verfallenen Punkten erging. Zwei Antworten des BFH auf vom Finanzamt vorgebrachte Argumente scheinen hervorhebenswert: Nach Auffassung des BFH soll es zum einen nicht darauf ankommen, dass der Kunde eine Barauszahlung des Punktwerts verlangen kann. Zum anderen verneint der BFH einen täuschähnlichen Umsatz in Form eines „entgeltlichen Verkaufs von Daten durch den Kunden“, weil dieses mögliche Motiv keinen Niederschlag in den vertraglichen Vereinbarungen gefunden habe.

Aus der Finanzverwaltung

Umsatzsteuerliche Behandlung von Miet- und Leasingverträgen

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in der Rechtssache „Mercedes-Benz Financial Services“ umgesetzt und das Umsatzsteuerrecht auch in dieser Frage vom Ertragsteuerrecht gelöst. Damit ist die Entwicklung aber wohl noch nicht am Ende.

Fundstellen

BMF-Schreiben vom 18. März 2020;
EuGH C-164/16 „Mercedes-Benz Financial Services“, Urteil vom 4. Oktober 2017;
C-118/11 „Eon Aset Menidj-munt“, Urteil vom 16. Februar 2012

Ein jetzt veröffentlichtes BMF-Schreiben sieht vor, dass die Übergabe eines Leasinggegenstands nur dann eine Lieferung ist, wenn erstens der Vertrag ausdrücklich eine Klausel zum Übergang des Eigentums an diesem Gegenstand vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer enthalte; dazu genüge eine Kaufoption. Zweitens müsse aus den (zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung und objektiv zu beurteilenden) Vertragsbedingungen deutlich hervorgehen, dass das Eigentum am Gegenstand automatisch auf den Leasingnehmer übergehen soll, wenn der Vertrag bis zum Vertragsablauf planmäßig ausgeführt wird.

Die zweite Voraussetzung sei, so das BMF, auch bei einer formal völlig unverbindlichen Kaufoption erfüllt, wenn angesichts der finanziellen Vertragsbedingungen die Optionsausübung zum gegebenen Zeitpunkt in Wirklichkeit als einzig wirtschaftlich rationale Möglichkeit für den Leasingnehmer erscheint. Der Vertrag dürfe dem Leasingnehmer keine echte wirtschaftliche Alternative in dem Sinne bieten, dass er zu dem Zeitpunkt, an dem er eine Wahl zu treffen hat, je nach Interessenlage den Gegenstand erwerben, zurückgeben oder weiter mieten kann. Dies könne zum Beispiel dann der Fall sein, wenn die Summe der vertraglichen Raten dem Verkehrswert des Gegenstands einschließlich der Finanzierungskosten entspricht und bei Ausübung der Kaufoption eine Sonderzahlung in Höhe von bis zu 1 % des Verkehrswerts des Leasinggegenstands zahlbar wird.

Für die Überlassung eines Gegenstands außerhalb des Leasingverfahrens (z. B. Mietverträge im Sinne des § 535 BGB mit Recht zum Kauf) soll dies sinngemäß gelten – allerdings erstreckt sich die entsprechende Anwendung nicht auf die Definition, wann eine Summe als erheblich anzusehen ist. Die Regelungen für den Fall einer abweichenden Beurteilung der Transaktion durch das Recht eines anderen Mitgliedsstaats werden im Wesentlichen inhaltlich unverändert in einen eigenen Absatz im Umsatzsteuer-Anwendungserlass (UStAE) überführt.

Die Grundsätze dieses Schreibens seien in allen offenen Fällen anzuwenden. Für vor dem 18. März 2020 abgeschlossene Leasing- und Mietverträge werde es jedoch – auch für Zwecke des Vorsteuerabzugs – nicht beanstandet, wenn die Beteiligten Abschnitt 3.5 Abs. 5 und 6 UStAE übereinstimmend in der am 17. März 2020 geltenden Fassung anwenden.

Hinweis

Mit dem Schreiben setzt das BMF die Auffassung um, die der EuGH in seinem Urteil „Mercedes-Benz Financial Services“ formuliert hat. Das Urteil bezieht sich auf eine Richtlinienvorschrift, die eine Vermietung oder einen Ratenverkauf mit einer Lieferung gleichsetzt, wenn die vertraglichen Bestimmungen vorsehen, dass das Eigentum am Gegenstand unter normalen Umständen spätestens mit Zahlung der letzten fälligen Rate erworben wird.

Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass andere Leasing-Gestaltungen nicht zu einer Lieferung führen können: In einem früheren Urteil „Eon Aset Menidj-munt“ hat der EuGH unter Berufung auf den internationalen Rechnungslegungsstandard IAS 17 für Leasingverhältnisse auch mitgeteilt, dass es mit dem Erwerb eines Investitionsgutes gleichzusetzen sei, wenn der Leasingnehmer über wesentliche Elemente des Eigentums an dem Fahrzeug verfügt, insbesondere, dass die mit dem rechtlichen Eigentum an dem Fahrzeug verbundenen Chancen und Risiken zum überwiegenden Teil auf ihn übertragen werden und die abgezinste Summe der Leasingraten praktisch dem Verkehrswert des Gegenstands entspricht. Diese Gestaltung wird vom eher apodiktisch abgefassten BMF-Schreiben („ist ... nur dann eine Lieferung“) aber offenbar ausgeschlossen.

Steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus

Das vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) geschnürte steuerliche Maßnahmenpaket wurde inzwischen von den Landesfinanzverwaltungen umgesetzt. Nun hat das BMF detailliertere Angaben zu den in seinem Schreiben gewährten Steuererleichterungen gemacht.

Fundstellen:

BMF-Schreiben vom 19. März 2020, FAQ „Corona“ vom 1. April 2020 und BMF-Schreiben vom 9. April 2020; Kurzinformationen zur Einfuhrabgabenbefreiung auf Hilfsgüter [im Webauftritt](#) des Zolls

Das BMF hat mit Schreiben vom 19. März 2020 die einige Tage davor in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie angekündigten steuerlichen Maßnahmen umgesetzt. Über die dort verfügbaren Voraussetzungen einer Stundung, des Absehens von Vollstreckungsmaßnahmen etc. haben wir Sie in [Ausgabe 2 unseres Newsflashs Umsatzsteuer aktuell](#) vom März 2020 unterrichtet.

Inzwischen hat das BMF zum 1. April 2020 ausführliche FAQs veröffentlicht, in denen es auf die gewährten Steuererleichterungen näher eingeht. Unter anderem macht es hierin Angaben dazu, wann ein Steuerpflichtiger „unmittelbar und nicht unerheblich von der Coronakrise betroffen“ sei. Das BMF gibt offenbar stillschweigend die frühere Unterscheidung zwischen mittelbar und unmittelbar betroffenen Unternehmern auf, verzichtet darauf, hier feste Kriterien aufzustellen, und zieht den Kreis offenbar weit: Es sei davon auszugehen, dass „grundsätzlich sehr viele Branchen und Personen von den Auswirkungen der Coronakrise erheblich betroffen“ seien. Den Finanzbehörden reichten „plausible Angaben des Steuerpflichtigen, dass die Coronakrise schwerwiegende negative Auswirkungen auf seine wirtschaftliche Situation hat“. Bereits vor Veröffentlichung dieser FAQs hatten die Finanzbehörden aller Bundesländer sich im Wege von Erlassen, Pressemitteilungen oder ähnlichen Veröffentlichungen näher dazu geäußert, wie diese steuerlichen Erleichterungen in Anspruch genommen werden können – nicht selten werden hierzu jeweils besondere Formulare bereitgestellt. Wie das BMF nun feststellt, könne auch ein formloses Schreiben mit schlüssiger Darlegung der erwarteten Einbußen durch die Coronakrise an das Finanzamt gerichtet werden, hierzu wird eine elektronische Antragstellung über ELSTER angeraten.



Eine wachsende Zahl von Ländern bietet von der Krise betroffenen Steuerpflichtigen darüber hinaus inzwischen an, die Sondervorauszahlung für die Dauerfristverlängerung auf null herabzusetzen – die Sondervorauszahlung wird also zurückerstattet, ohne dass die Wirkung der Dauerfristverlängerung entfällt. Diese Maßnahme wurde in seinen FAQs auch vom BMF aufgegriffen und allgemein zugelassen; wer unmittelbar und nicht unerheblich von der Coronakrise betroffen sei und bislang noch keine Dauerfristverlängerung habe, könne sie auch neu beantragen. Ebenso greift das BMF die von einigen Ländern bereits gewährte Erleichterung auf, die Abgabefrist für die Umsatzsteuerjahreserklärung des Jahres 2018 für steuerlich beratene Unternehmer auf Antrag über Ende Februar 2020 hinaus auf den 31. Mai 2020 zu verlängern. Konnten die Berater Steuererklärungen für den Veranlagungszeitraum 2018 wegen der Belastungen durch die Coronakrise unverschuldet nicht pünktlich abgeben, könne eine solche Fristverlängerung rückwirkend ab dem 1. März 2020 gewährt werden. Bereits festgesetzte Verspätungszuschläge würden insoweit erlassen; überhaupt werde bis auf Weiteres grundsätzlich von der Festsetzung von Verspätungszuschlägen abgesehen.

In seinen FAQs geht das BMF auf viele weitere Fragen ein, etwa auf Einzelheiten zur Stundung sowie auf die Anordnung und Weiterführung von Außenprüfungen. Ein Erlass von Steuern dagegen werde auch weiterhin (nur) nach den allgemeinen Vorschriften gewährt. Das BMF macht abschließend besonders darauf aufmerksam, dass wie bei anderen steuerlichen Erklärungen die Angaben wahrheitsgemäß sein müssten und falsche Angaben strafbewehrt seien.

Hinweis

Es sollte darauf geachtet werden, dass das BMF zumindest die „FAQ Corona“ bei Bedarf abändert und ergänzt. Zum 17. April 2020 erschien zum wiederholten Male ein Update, mit dem das BMF die Antworten

zu einigen Fragen abänderte und ergänzte sowie Antworten auf weitere FAQ gab. Daher sollte sichergestellt werden, dass die jeweils neueste Fassung zu Rate gezogen wird.

In einem weiteren Schreiben vom 9. März 2020 hat das BMF zusätzliche Maßnahmen getroffen, die mit der Bekämpfung der Pandemie selbst sowie insbesondere mit den sozialen Folgen der Pandemie zu tun haben. In seinem Abschnitt VII finden sich auch einige umsatzsteuerliche Maßnahmen, die vor allem die entgeltliche und unentgeltliche Überlassung von Sachmitteln, Personalmitteln, Räumlichkeiten und anderen Leistungen, mit denen der Coronakrise begegnet werden soll, zum Gegenstand haben. Neben einer Nichtbeanstandungsregelung, die für die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes nach § 12 Abs. 2 Nr. 8 Buchst. a UStG bedeutsam sein kann, sowie Ausführungen zum Anwendungsbereich bestimmter Umsatzsteuerbefreiungen besonders für den medizinischen Sektor (vgl. auch FAQ "Corona", Stand 17. April 2020, unter IX.7) wird eine Billigkeitsregelung zur Besteuerung unentgeltlicher Wertabgaben getroffen: Bei der unentgeltlichen Bereitstellung von medizinischem Bedarf und unentgeltlichen Personalgestellungen für medizinische Zwecke durch Unternehmen an Einrichtungen, die einen unverzichtbaren Einsatz zur Bewältigung der Corona-Krise leisten, wie insbesondere Krankenhäuser, Kliniken, Arztpraxen, Rettungsdienste, Pflege- und Sozialdienste, Alters- und Pflegeheime sowie weitere öffentliche Institutionen wie Polizei und Feuerwehr, wird demnach von der Besteuerung einer unentgeltlichen Wertabgabe im Billigkeitswege abgesehen. Die Sonderregelung gelte rückwirkend ab dem 1. März 2020 bis längstens zum Jahresende (vgl. auch FAQ "Corona", Stand 17. April 2020, unter IX.4).

Zudem kann die Einfuhr von Hilfsgütern unter bestimmten Voraussetzungen von Einfuhrabgaben befreit werden – nähere Informationen sind auf den Seiten des Zolls zu finden.

Umsatzsteuerliche Behandlung der BahnCard 25/50

Fundstelle:

LSF Sachsen, Verfügung vom 27. Januar 2020, Az. 213-S 7244/1/1-2020/5180, MwStR 2020, S. 288, UR 2020, S. 282; BMF-Schreiben vom 21. Januar 2020

Presseberichten zufolge sollte auch die Ausgabe der BahnCard 25 und BahnCard 50 als Beförderung von Personen im Schienenbahnverkehr mit dem ermäßigten Steuersatz besteuert werden. Die bislang soweit ersichtlich einzige veröffentlichte Bestätigung von offizieller Seite stammt aus Sachsen.

Nachdem mit dem Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht vom 21. Dezember 2019 zum Jahreswechsel der Umsatzsteuersatz für die Beförderung von Personen im Schienenbahnverkehr auf 7 % abgesenkt wurde, sollten Presseberichten zufolge neben Zahlungen für den Kauf einer Jahresnetzkarte (BahnCard 100) auch Zahlungen für die Einräumung des Rechts zum Erwerb preisermäßigter Fahrscheine (z. B. Bezugspreis BahnCard 25/50) der Steuerermäßigung unterfallen. Eine offizielle Bestätigung stand bislang aber noch aus, obwohl diese Nachricht in einigen Fällen auch Fragen zur zulässigen Höhe des Vorsteuerabzugs aufwarf.

Nun hat das Landesamt für Steuern und Finanzen des Bundeslands Sachsen (LSF Sachsen) eine solche Bestätigung herausgegeben: Die Zahlungen auf beide Leistungen gehörten zum Entgelt für die nach § 12 Abs. 2 Nr. 10 Buchst. a UStG begünstigten Beförderungsleistungen. In beiden Fällen diene das Entgelt letztlich dem Erwerb nach der genannten Vorschrift begünstigter Beförderungsleistungen und stelle damit den wesentlichen Gegenstand der Leistung (also die Hauptleistung) dar. Im Hinblick auf den derzeitigen Umfang der durch die Karte ermöglichten Zusatzleistungen von deutlich weniger als 2 % bedürfe es keiner Aufteilung des Kaufpreises, weil die Zusatzleistungen mit dem Erwerb der Berechtigung zum Erwerb preisermäßigter Beförderungsleistungen eng zusammenhängen und im Vergleich zu der Hauptleistung nebensächlich seien.

Hinweis

Äußerungen des LSF Sachsen sind für die Finanzbehörden anderer Bundesländer nicht bindend. Das Landesamt bezieht sich in seiner Äußerung jedoch auf eine Abstimmung mit den obersten Finanzbehörden der Länder. Wie sich aus dem Schreiben ergibt, wurde die BahnCard 25/50 bislang als Leistung eigener Art angesehen. Nach wohl herrschender Auffassung bestand sie darin, dass dem Käufer das Recht eingeräumt wurde, die Beförderungsleistung der Deutschen Bahn (sowie teilnehmender Privatbahnen) verbilligt in Anspruch nehmen zu können. Unter solchen Voraussetzungen wäre die BahnCard 25/50 nicht dem ermäßigten Steuersatz unterfallen. Die obersten Landesfinanzbehörden scheinen ihre Auffassung in diesem Punkt geändert zu haben: Das Entgelt diene letztlich dem Erwerb nach § 12 Abs. 2 Nr. 10 Buchst. a UStG begünstigter Beförderungsleistungen.

Der Verfügung des Landesamts zufolge soll es nicht beanstandet werden, wenn die Deutsche Bahn für im Januar 2020 ausgegebene BahnCards 25/50 den bis zum 31. Dezember 2019 geltenden Regelsteuersatz anwendet. Für den Vorsteuerabzug eines vorsteuerabzugsberechtigten Bahnkunden gelte in diesem Fall Rz. 19 des BMF-Schreibens vom 21. Januar 2020 zur Absenkung des Steuersatzes für die Beförderungen von Personen im Schienenbahnverkehr entsprechend. Aus dieser Randziffer des besagten BMF-Schreibens ergibt sich für den Vorsteuerabzug, dass einem zum Vorsteuerabzug berechtigten Bahnkunden aus Gründen der Praktikabilität aus vor dem Jahreswechsel ausgestellten Rechnungen oder Fahrausweisen auch für die nach dem 31. Dezember 2019 seitens des Schienenbahnverkehrsunternehmens erbrachte Beförderungsleistung ein Vorsteuerabzug in Höhe des Regelsteuersatzes gewährt wird. Auf den vorliegenden Fall ist die Vereinfachungsregelung vermutlich in der Weise entsprechend anzuwenden, dass der Vorsteuerabzug zum Regelsteuersatz aus einer während des Monats Januar ausgegebenen Rechnung für eine während des Monats Januar oder später ausgegebene BahnCard 25/50 nicht beanstandet wird. Die Übergangsregelung bezieht sich nicht auf die BahnCard 100.

Service

Ihre Ansprechpartner

Berlin

Götz Neuhahn

Tel.: +49 30 2636-5445
goetz.neuhahn@pwc.com

Nicole Stumm

Tel.: +49 30 2636-3733
nicole.stumm@pwc.com

Düsseldorf/Köln/Essen

Alexandra Hartenfels

Tel.: +49 211 981-2598
alexandra.hartenfels@pwc.com

Sounia Kombert

Tel.: +49 221 2084-384
sounia.kombert@pwc.com

Frankfurt am Main

Frank Gehring

Tel.: +49 69 9585-2771
frank.gehring@pwc.com

Gerald Hammerschmidt

Tel.: +49 69 9585-5290
gerald.hammerschmidt@pwc.com

Robert Clemens Prätzler

Tel.: +49 69 9585-6712
robert.clemens.pratzler@pwc.com

Hamburg

Markus Hüllmann

Tel.: +49 40 6378-8858
markus.huellmann@pwc.com

München

Sandra Zölch

Tel.: +49 89 5790-6840
sandra.zoelch@pwc.com

Stuttgart

Jens Müller-Lee

Tel.: +49 711 25034-1101
jens.mueller-lee@pwc.com

ITX ERP and Data Analytics

Roberta Grottini

Tel.: +49 30 2636-5399
roberta.grottini@pwc.com

Financial Services

Imke Murchner

Tel.: +49 89 5790-6779
imke.murchner@pwc.com

M&A

Christian Schubert

Tel.: +49 89 5790-6726
christian.schubert@pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ an: SUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com.

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Abbestellung“ an: UNSUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com.

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© April 2020 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de